

## Meine Bewerbung für die Landesliste Rheinland – Pfalz 2013, Listenplatz 6



### Wolfgang Huste (Kreisverband Ahrweiler)

Geboren am 27.6. 1955, Vater von drei erwachsenen Kindern. Ich habe zwei Enkelkinder. Seit 1988 arbeite ich als selbständiger Antiquar und Auktionator. Vormalig Biologielaborant und Lehrer für die Sekundarstufe II mit den Fächern Biologie und Sozialwissenschaften. Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich mit ganzem Herzen ein engagierter Sozialist, Gewerkschafter und Radikaldemokrat.

### Meine aktuellen Funktionen und Mitgliedschaften:

- Verantwortlich für Öffentlichkeits- und Pressearbeit im Koordinationskreis der LAG „Ökologische Plattform“ RLP
- Sprecher im KV Ahrweiler (Parteifunktion: Kreiskassierer); Wahlkampf- und Bildungsbeauftragter im KV Ahrweiler
- Mitglied im Kreisvorstand des DGB Ahrweiler; dort vertrete ich Ver.di
- Mitglied im Co-Rat von Attac Ahrweiler
- Mitglied im Kinderschutzbund Ahrweiler und im Bündnis „Remagen für Frieden und Toleranz“.
- Mitglied in verschiedenen Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften unserer Partei

**Meine politischen Schwerpunkte sind:** „Soziales“, „Ökologie“, „Antifaschismus /Antirassismus“ und Kulturpolitik.

**Wir brauchen radikale Reformen auf der sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Ebene!** Meine Forderung: Eine **armutsfeste Entlohnung und Rente**. Ich sage „Nein“ zum **Lohndumping**, zu „**Leichtlohngruppen**“, zu den **asozialen, repressiven und Menschen verachtenden Hartz-Gesetzen!** Von 2000 bis 2012 stieg die Produktivität um 13,4 Prozent. Die Brutto-Stundenlöhne erhöhten sich jedoch nur um 2,1 Prozent. Die Differenz von elf Prozent ist dem Kapital zugeflossen. Zusammengerechnet sind das mehr als eine Billion Euro. Kräftige Lohnerhöhungen sind demnach nicht nur finanzierbar, sie sind auch überfällig! **Ich unterstütze die Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Gewerkschaften nach höheren Lohnabschlüssen, nach gesünderen, nach gesellschaftlich und auch ökologisch besseren Arbeitsbedingungen.** Ich setze mich ein **für ein menschenwürdiges Auskommen im Alter und davor.** Durch eine Vielzahl gesetzlicher Eingriffe in den vergangenen zehn Jahren wird die gesetzliche Rente bis zum Jahr 2030 um insgesamt bis zu 30 Prozent gekürzt. Wer 35 oder 40 Jahre ohne Unterbrechung einen Durchschnittslohn verdient hat, bekommt dann gerade mal eine Rente von 660 Euro im Monat. Der **Ausbau der Leiharbeit und das Tolerieren von Dumpinglöhnen fördert die Armut, insbesondere im Alter.** Eine deutliche Erhöhung der Entlohnung bei Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ist für mich nur eine Zwischenlösung, die **Abschaffung der Leiharbeit mein Ziel.** Oft werde ich gefragt: „Wie willst Du das alles finanzieren?“. Meine Antwort: „Geld ist genug da, es ist nur falsch und undemokratisch verteilt! DIE LINKE. hat diverse, detaillierte Steuermodelle erarbeitet, deren Umsetzung die Finanzierung unserer Forderungen ermöglichen.“. Statt Banken und die Profite der Konzerne zu „retten“ - zu Gunsten Weniger, auf Kosten der Allgemeinheit - möchte ich Menschen und die Natur „retten“. Das Spekulieren mit Nahrungsmittelderivaten bekämpfe ich aufs Schärfste. **Das Bruttosozialprodukt hat sich von 1950 bis 2012 versiebenfacht, obwohl 20 Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet werden.** Heute versorgt zum Beispiel ein Bauer in Deutschland etwa 80 Menschen, während es 1900 nur drei waren. Solange die Arbeitsproduktivität steigt, ist der Ausbau des gesamten Sozialwesens finanzierbar. Meine weiteren Forderungen: **Die 35% - Stunden - Woche als Einstieg zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** und eine monatliche

Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete. Sofortige Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Rentenniveaus auf 57 Prozent (OECD-Durchschnitt), als erster Schritt hin zu 75 Prozent. **Nein zur Rente mit 67**, stattdessen **Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre**. Ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren wäre kein Fortschritt, sondern nur die Wiederherstellung des vormaligen Zustandes. **Die Erwerbsminderungsrente muss angehoben werden, ebenso die Frauenrente. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Dass Frauen für gleichwertige Arbeit 22% weniger verdienen als Männer widerspricht eklatant dem Gleichheitsprinzip im Grundgesetz. Eine entsprechende Klage vor dem Verfassungsgericht ist längst überfällig! Altersarmut betrifft insbesondere Frauen und Langzeiterwerbslose. Deshalb: Höherbewertung niedriger Einkommen bei der Rentenberechnung** und höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und Pflege. Die Anrechnung von Erziehungszeiten muss erweitert werden. Ich sage „Nein“ zur Privatisierung der Rente. Altersversorgung gehört nicht in Konzernhand. Schluss mit der Subventionierung der Riester-Renten, stattdessen eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Auflösung aller bestehenden Riesterverträge bei Entschädigung. Mindestlohn von 10 Euro Brutto als Einstieg für einen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro. Für mich ist die **Einführung einer Bürgerversicherung, in die auch Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen, Politiker und Politikerinnen einzahlen, eine zentrale Forderung**.

Die Mieten explodieren überall. Statt mehr Eigentumswohnungen zu bauen oder aus bestehenden einfach ausgestatteten Wohnungen teure Luxuswohnungen zu machen, oder öffentliche Gelder für gigantische „Leuchtturmprojekte“ zu verschwenden, muss das Angebot von Sozialwohnungen vergrößert werden. In den letzten 20 Jahren ist die Anzahl der Sozialwohnungen in den meisten Städten von RLP um 40 bis 50% gesunken. Die Stadt Mainz hat zum Beispiel ca. 73.000 Geschosswohnungen, davon sind nur 8% Sozialwohnungen. Der Städtetag empfiehlt einen Anteil von 20%. Ohne Ersatzneubauten wird sich der Sozialwohnungsbestand bis zum Jahr 2020 um 40% reduzieren. Der Sozialwohnungsanteil beträgt dann im Jahr 2020 nur noch weniger als 5% des heutigen Geschosswohnungsbestandes. In anderen Städten sieht diese negative Entwicklung ähnlich aus. **Drastische Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen sind Voraussetzungen für ein gut funktionierendes Sozialsystem und für den Ausbau der Infrastruktur! Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien muss beschleunigt werden**. Auch die Energiekosten sind - sozial abgestuft - zu reduzieren, ebenso die Rundfunk- und Fernsehgebühren. Ich favorisiere das „Belgische Modell“. Belgier haben das Recht auf eine **kostenlose (!) Energiegrundversorgung**. Statt **Agrarfabriken** zu subventionieren, möchte ich den **biologischen Landbau und den sanften, Familien freundlichen und ökologisch ausgerichteten Tourismus fördern bzw. ausbauen**. Der **Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss Vorrang gegenüber dem Ausbau des Individualverkehrs bekommen**. Die schnellstmögliche **Abschaltung aller AKWs ist ein Gebot der Stunde**. Energie ist genügend da, die jährlichen Greenpeacestudien und ähnliche Studien beweisen das. Ich setze mich für ein Verbandsklagerecht zugunsten von Tierschutzorganisationen ein, ebenso für ein umfassendes Tierschutzrecht. **Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, ja zur Konversion**. Zum **Ausbau der Demokratie** gehört auch der Ausbau unserer **Bündnisarbeit**, insbesondere mit der außerparlamentarischen Opposition, mit NGOs und mit Gewerkschaften. **Das Recht auf den politischen Streik muss in die Tat umgesetzt werden**, ebenso die Überführung der Banken, des gesamten Gesundheitssystems und der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum.

**Die plebiszitären Elemente, also die „direkte Demokratie“, sind zu stärken und auszubauen**. Mein Ziel: die „gläserne“, bürgerfreundliche Kommune, der „gläserne“ Landtag. Öffentliche Bürgeranhörungen und demokratisch erstellte Bürgerhaushalte, ebenso Kinder- und Jugendparlamente und die so genannte „Nischenkultur von unten“ sind zu fördern, denn hier wird demokratisches Verhalten eingeübt und praktiziert. Insbesondere die Zulassung von **Bürgerabstimmungen müssen erleichtert werden**. **Korruption und Steuerflucht bzw. Steuerbetrug muss konsequent und drastisch bestraft werden**. **Keine Privatisierung des öffentlichen Eigentums! Rechtsradikalismus und Rassismus sind aufs Schärfste zu bekämpfen**. Mein Leitsatz lautet: „Der Fortschritt beruht auf der Verwirklichung von vormaligen Utopien!“. Mit euch zusammen möchte ich die **Gegenwart und Zukunft in Richtung einer sozialistischen Demokratie gestalten**. **Packen wir's gemeinsam an!**

Wolfgang Huste, Bad Neuenahr, Walporzheimer St.r 5, Mobil: 01713001864, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com), [www.wolfgang-huste-ahrweiler.de](http://www.wolfgang-huste-ahrweiler.de)